

Dieser Fall von Lohnbetrug ist kein Einzelfall.



Neoliberalismus und Prekarisierung der Arbeit

Es gibt eine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hin zu neoliberalen Verhältnissen. Nicht nur für sogenannte Illegale, nicht nur für migrantische ArbeiterInnen, sondern für die Mehrheit der LohnarbeiterInnen findet eine Veränderung statt, die wir "Prekarisierung der Arbeit" nennen: In immer mehr Branchen wird das Normalarbeitsverhältnis mit Kündigungsschutz und sozialen Absicherungen zur Ausnahmeerscheinung. ArbeiterInnen werden statt dessen in prekäre, d.h. unabgesicherte Arbeitsverhältnisse gezwungen, in Honorarverträge, Scheinselbständigkeit, kurzfristige und nicht abgesicherte Arbeitsverhältnisse etc. und an migrantischen Arbeitern und Arbeiterinnen wird alles noch etwas schärfer vorexerziert.

Schrittweise Entrechtung: Vom Gastarbeiter der 70er Jahre zum heutigen Kontraktarbeiter

Auf dem Bau, in der Landwirtschaft und im Hotel- und Gaststättengewerbe werden, wenn neue Arbeitskräfte gebraucht werden, längst nicht mehr sogenannte "Gastarbeiter" angestellt - diese hatten immerhin noch einen ständigen Aufenthalt in Deutschland unabhängig von den Entscheidungen der Arbeitgeber, darüber, wer entlassen oder eingestellt wird.

Seit Anfang der 80er Jahre wurden Schritt für Schritt mit allen osteuropäischen Ländern Verträge über Kontraktarbeiter abgeschlossen. Deren Aufenthalt ist an die Dauer des Arbeitseinsatzes bei dem im Aufenthaltspapier genannten Arbeitgeber gebunden. Ihre Familie dürfen sie nicht mitbringen, der Aufenthalt ist automatisch zeitlich begrenzt. Das haben sich die Arbeitgeber im Verbund mit den Politikern schön ausgedacht: Der Arbeiter bzw. die Arbeiterin, wie man ihn/sie braucht: Immer verfügbar und wenn er oder sie aufmuckt, kann man sie zurückschicken. Und das, was wir für normal halten und was eigentlich ein Grundrecht eines jeden Menschen ist, nämlich mit seiner Familie zusammen zu leben und für die Mühen seiner Arbeit in Krankheit und im Alter - wenn auch nur minimal - versorgt zu sein, das alles gilt für viele KollegInnen, mit denen wir tagtäglich zusammenarbeiten, nicht.

Flüchtlinge als weitgehend entrechtete ArbeiterInnen

Andere MigrantInnen sind als Flüchtlinge hier. Sie warten auf ihre Anerkennung im Asylverfahren, oder darauf, einen Aufenthalt zu bekommen, weil in ihrem Land Krieg herrscht, sie staatenlos sind, oder weil die weltwirtschaftlichen Verhältnisse ihnen ein menschenwürdiges Leben an ihrem Herkunftsort nicht erlaubt. Sie dürfen hier offiziell nicht arbeiten. Ausnahmen gibt es lediglich, wenn sie einige Jahre hier sind und die Arbeitsmarktlage es erlaubt (d.h. real nur, wenn sie in den westdeutschen Ballungszentren leben). Und sie arbeiten, so weit sie Arbeit finden, natürlich trotzdem. Weil man keinen Menschen so weit entwürdigen kann, ihm für Jahre die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben zu entziehen, indem man ihn zwangsweise am Arbeiten hindert.

Gegen die rassistische Hierarchisierung des Arbeitsmarktes!

Die Situation von KontraktarbeiterInnen einerseits, AsylbewerberInnen andererseits ist hier nur beispielhaft beschrieben. Tatsache ist, dass die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt seit vielen Jahren rassistisch hierarchisiert sind. Auch wenn unsere eigenen Arbeitsbedingungen schlechter werden, der Reallohn sinkt, die Absicherungen schlechter werden, gibt es gleichzeitig immer andere, deren Situation abgestuft schlechter ist. So wie SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden, dienen Flüchtlinge und MigrantInnen als Sündenböcke für diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Dagegen gilt es gemeinsame Interessen zu entwickeln und einen gemeinsamen Widerstand zu organisieren.

Wir wollen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen!

Nicht Razzien und permanenter Druck auf migrantische ArbeiterInnen sichern bessere Arbeitsverhältnisse für (deutsche) KollegInnen, sondern Mindeststandards für alle ArbeiterInnen. Erst dann können auch migrantische KollegInnen sich gegen bestimmte Ausbeutungspraxen wehren, den Mund aufmachen, wenn etwas nicht okay ist, ohne Angst um ihren Aufenthaltsstatus in Deutschland haben zu müssen.



Recht auf Arbeit für alle unabhängig vom Aufenthaltsstatus!
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
Schluss mit den Razzien an Arbeitsstellen!
Gegen Ausbeutung und Illegalisierung!